

Kurze wichtige Nachrichten.

* Bei der gestrigen Reichstagswahl Vom 1. Januar entfielen nach bisheriger Aufstellung auf den Dr. Hermann (lioni) 6925, auf Landauer 6926, auf Paul von Hindenburg 6927, auf Wilhelm Böckeler 6928, auf Julius von Gau 6929 Stimmen. Es ist eine Tatsache noch, ob und wann Hermann und Böckeler gewählt werden können. Dr. Hermann und Böckeler traten ca. 75 Prozent der Wahl ab.

* Wie in vorausgegangenen Krisen nach dem "Berliner Tageblatt" verlautet, berücksichtigt der Reichskanzler, in den nächsten Tagen wahrscheinlich am kommenden Montag, im Rahmen derselben zu erörtern, um in einer größeren Runde auf die Kriegsziele Standsburgs und Wissens zu antworten.

* Die deutsche Regierung hat durch Bekanntgabe der schweizerischen Neutralitätspolitik in Paris an die französische Regierung die nachdrückliche Verpflichtung nicht zu lassen, daß sie die jährlichen in Fortschreitenden Kosten für die deutsche Kriegsfinanzen bis zum 1. April 1918 rückt und die Lagerinstitute nach gründlicher einwandfreien Orten in Frankreich verteilt. Die deutsche Regierung ist entschlossen, auf Erfüllung dieser Forderungen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu beobachten.

* Den Staatssekretär des Reichsmarines, General v. Eppel, in durch altertümliche Robe und Orden 9. Januar der Orden Pour le Mérite verliehen werden.

* Abgeordneter Wolff rückte auf Name eines Beauftragten der deutlich-reaktionären Partei an die Männer der Deutschen Kaiserliche Partei in Österreich ein. Er ist in dem er auf die Hoffnungslosigkeit bestimmt. Zusammenhang der deutschen Abgeordneten verworfen.

* Nach älteren Meldungen ist der Präsident des russischen Arbeitsverbandes für Petropolis und Medonit, Leo Lasser, in Barcelona erschossen worden. Ein Sohn und ein Enkel der sowjetischen, die von Angehörigen wurden schwer verletzt. Nur die Verantwortlichen wurden von einer Anzahl Individuen zahlreiche Schüsse abgeschossen. Die Täter entkommen.

* Nach Schweden haben nunmehr auch Dänemark und Norwegen Finnlands Unabhängigkeit anerkannt.

* Der finnische Minister für Reichsangehörige, dem König einen neuen Erlass bestätigte Bildung des Parlaments, vorzulegen.

Das Friedensprogramm der Ukrainer.

Brest-Litowsk, 10. Januar. Die gestrige unterbrochene Verhandlung wurde vormittags 11 Uhr unter dem Vorstand des Staatssekretariats von Rumänien fortgesetzt. Als erster Redner führte der ukrainische Staatssekretär für Handel und Industrie, Stefanovych, nach einer vorliegenden Note:

Urgesetzlich, da der Rat der Volkskommissare gegen den letzten Punkt der Bedingungen des allgemeinen Waffenstillstandes die Friedensverhandlungen mit den Regierungen Russlands, Oesterreich-Ungarns, der Türkei und Bulgarien in Brest-Litowsk beginnt, erließ das Generalsekretariat im Namen der ukrainischen Volksrepublik folgendes:

1. Die gesuchte Demolition des Zoll in der ganzen Welt eines Friedens zwischen den gegenwärtig kämpfenden Staaten, einer ebenso neuen Zeit.

2. Der weitesten allen Mächten zu schließende Friede soll demokratisch sein und nicht jeden, auch dem Feindlichen Vorteile in jedem Lande das Volk, das nicht bestimmt nationale Selbstbestimmungsrecht sichern.

3. Für die Vermöglichkeit des wahren Willensausdrucks der Völker müssen entsprechende Garantien gesetzt werden.

4. Es ist demokratische Amerika, d. h. jede demokratische Angliederung oder Vereinigung irgend eines Vordoteiles ohne Einvernehmen seiner Bevölkerung unzulässig.

5. Wenn es unzulässig sind vom Zustandekommen der arbeitenden Klasse in jedem Lande das Volk, das nicht bestimmt nationale Selbstbestimmungsrecht sichern.

6. Allein Völker und Staaten, die infolge des ständigen beträchtlichen Schaden oder Verlusten erlitten haben, muss nämlich den Krieg, welche auf den Friedensverträgen ausgeht, bei welchen müssen unmittelbare Hilfe erwiesen werden.

7. Die ukrainische Volksrepublik, die gegenwärtig auf ihrem Territorium die ukrainische Armee bildet und in vollständigen Friedensverhandlungen, welche durch ihre Regierung, welche der Schutz der arbeitslosen Volksunterstützung obliegt, schließlich auftritt, darf nicht den übrigen Mächten an allen Friedensverhandlungen, teilsdirekt und sonstigen teilnehmen können.

8. Die Stadt des Rates der Volksarmee kann nicht auf ganz Russland, d. h. auch nicht auf die ukrainische Volksrepublik. Es kann daher der aus den Verhandlungen mit den gegenwärtig kämpfenden Mächten erwartet werden, dass die Regierung der ukrainischen Volksrepublik auftritt, darf nicht den übrigen Mächten an allen Friedensverhandlungen, teilsdirekt und sonstigen teilnehmen.

9. Im Namen des gesamten Russlands kann nur diejenige Regierung und zwar ausschließlich eine Bundesregierung Frieden schließen, die von allen Republiken und staatlich organisierten Gebieten Russlands anerkannt sein würde. Wenn aber eine solche Regierung in der nächsten Zeit nicht gebildet werden könnte, so kann dieser Frieden nur die geplante Vertretung jener Republiken und Gebiete stellen.

10. Im Prinzip eines demokratischen Friedens unerlässlich festhaltend, strebt das Generalsekretariat gleichzeitig die möglichst rasche Herstellung dieses allgemeinen Friedens an und legt großes Gewicht auf einen Vertrag, die seine Vermittelung nicht bringen kann, bei. Das Generalsekretariat hat es daher für unumgänglich, seine Vertretung auf den Kongress in Brest-Litowsk zu beschränken, indem es gleichzeitig will, dass die endgültige Lösung der Friedensfrage legt auf einem internationalen Kongress erfolgen wird, zu dessen Besichtigung die Regierung der ukrainischen Volksrepublik alle Kriegsführenden aufzurufen. Der Präsident des Generalsekretariats, Wladimir I. Dr. Stolz, lädt für den internationalen Kongress Schulz.

Rußmanns und Trotskis Antwort an die Ukraine.

Brest-Litowsk, 10. Januar. Die Eröffnung der Ausführungen des ukrainischen Staatssekretärs Holobowitsch erklärte der Generalsekretär Dr. Stolz am 1. Januar: "Meine Herren! Wir leben von den Ausführungen des Herrn Vorstandes des ukrainischen Delegations und vom Inhalt der uns genau den Mitteilungen mit lebhaftem Interesse Kenntnis genommen. Ich hoffe vor, dass die ukrainische Note als wichtiges historisches Dokument des Alters des Kongresses überlebt werde. Die Vertreter der vorstehenden Mächte begrüßten im Sinne ihres Telegramms vom 24. Dezember 1917 die in Brest-Litowsk erschienenen ukrainischen Vertreter. Die Vertreter der verbündeten Mächte behielten sich ihre Stellungnahme zu den Einzelheiten der Ausführungen der ukrainischen Delegation vor.

Zufrieden hieran sprach der Vorstand den Plan aus, einige Fragen zu stellen, um die Interessen für die Friedenslösung der verbündeten Mächte zu schützen. Sicher ist mit den Vertretern der Petersburger Regierung über jämmerlich das zufrieden Gebiet betreffenden Angelegenheiten verhandelt worden. So auch daher an den Vorstand der Delegation der Petersburger Regierung die Frage gerichtet werden, ob es auf seine Delegation auch ferner die Angelegenheiten des gesamten Russlands hier diplomatisch zu vertreten habe.

Aus der weiteren Ausprache, in der Trotski den ersten Standpunkt darlegt, einige nun sich über die Teilnahme der Ukrainer an den Friedensverhandlungen. Dann ging Redner auf die Frage des Vertrags des Unterhandlungsortes des geistlichen Delegations und den Protest des Generals Dorofjew ein und erklärte schließlich:

Vorster bestätigen wir, dass wir in noch in einer Delegation mit dem vorher geführten Gespräch die Friedensverhandlungen weiterführen wollen, ganz abgesehen davon, ob sich die Mächte der Ukraine anschließen oder nicht. Um den Mächten des Verbundes aber den Vorwand eines Abbrechens der Friedensverhandlungen aus technischen Gründen zu entziehen, nehmen die russischen Delegationen die Aenderung an, in Brest-Litowsk zu bleiben.

Anderer die russische Delegation auf ihren Vorschlag wegen der Verlegung der Verhandlungen auf neutrales Gebiet verzichtet, braucht er zur Fortsetzung der Verhandlungen überzugehen. Auf Vorschlag des Vorstandes wurde dann beschlossen, am Nachmittag zwischen den Delegationen Russlands und Österreich-Ungarns einrechts und Russlands andererseits eine interne Beratung abzuhalten.

Der neue Dr. Rumjantsev hat also in Brest-Litowsk bereits seine Fracht getragen und die Russen um Rückzug gezwungen. Dr. Rumjantsev ist Rumjantsevs Stellung wieder gerichtet. Das jetzt bewaffnete deutsche Reichsministerium befürchtet die Reaktion, bringt aber die Wehrheit des Reichstages und vor allem die Verteidigung der Friedensverhandlungen bezüglich ihrer Stellungnahme nicht ausgeschlossen.

Froh über die Aussichten der Friedensverhandlungen.

Stockholm, 11. Januar. Die "Braevar", das Schiff Froh, berichtet, dass die Russen für einen beiderseitigen Abschluss der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk gebeten haben. Froh berichtet über sämtliche Befehle, um einen Frieden zu schließen. Die einzige militärische Lage an der Front.

Der Militärrichter der "Schleswig" schreibt in seinem Abendblatt vom 4. Januar: Der Krieg an der Ostfront kann in der Haupthälfte als beendet angesehen werden. Selbst wenn die Verhandlungen in Brest-Litowsk wider Erwarten nicht zu einer vollständigen Verhandlung zwischen den Mächten führen sollten, so dass ein in Südeuropa Südeuropa, wie Polen und Ukraine, im Betrieb mit den Russen doch noch einmal versuchen sollten, die Russen wieder aufzunehmen,

so ist mit einer ernsthaften Friedenslösung im Osten vorläufig auf längere Zeit nicht mehr zu rechnen, dazu ist die Versorgung der ganzen Front zu weit fortgeschritten.

Bon der Kriegsschauplätzen.

Der deutsche Generalkommandant.

Großes Hauptquartier, 11. Januar 1918. (Amts.)

Deutscher Kriegsschauplatz.

Generalgruppe Gruppe Rußland.

Berufe des Feindes, überalligen und nach Feuerbereitung am Morgen des 10. Januar öffentlich von Stettin in unsere Städte einzudringen, schickten.

Geißler erwiderte ich an der Niederländischen Front und südwestlich von Cambrai lebhafter Artilleriefeuer.

Deutschland und Matrosen und Matrosen schickten die Engländer am Abend und bei Tagesanbruch vorübergehend zu leichter Artillerie.

Nach die französischen Artillerie war bereits vom 2. Januar und in einzelnen Minuten zwischen 10 und 12 Uhr wurden Jagdflieger ausgeschickt, die Schlosser an den Städten und in südwestlich von Cambrai lebhafter Artilleriefeuer.

Deutschland und Matrosen schickten die Engländer am Abend und bei Tagesanbruch vorübergehend zu leichter Artillerie.

Generalgruppe Gruppe Rußland.

Generalgruppe Gruppe Rußland.